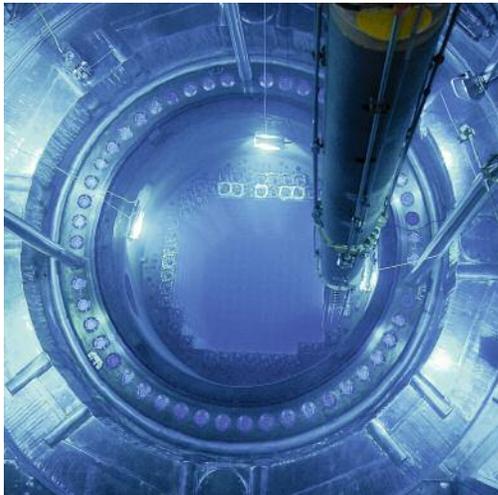


ENERGIE

Stromkonzerne wollen Atomsteuer kippen

Die Energiekonzerne RWE und E.on wollen die anstehenden Koalitionsverhandlungen nutzen, um die milliarden-schwere Brennelementesteuer für Atomkraftwerke zu kippen. Entsprechende Forderungen haben Vertreter der Unternehmen in den vergangenen Tagen im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin und den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD lanciert. Weil Sonnen- und Windkraft den Strom aus Atomkraftwerken zu-



Brennelemente im Atomkraftwerk Isar 2

nehmend verdrängen und der Strompreis an den Börsen rapide gefallen ist, so die Argumentation der Versorger, lohne sich der Betrieb der neun verbliebenen Atommeiler immer weniger. Manche Anlagen bewegten sich bereits jetzt an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig verlangten die zuständigen Behörden, die Meiler in Betriebsbereitschaft zu halten, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden. Als Ausweg aus der Misere fordern die Konzerne eine schnelle Abschaffung der Brennelementesteuer. Ansonsten, so die unverhohlene Drohung, müsse ein Teil der Kernkraftwerke vorzeitig stillgelegt werden. Die Brennelementesteuer hatte die Bundesregierung im Zuge des Atomausstiegs im Januar 2011 eingeführt. Sie sollte dem Bund Einnahmen von geschätzt 2,3 Milliarden Euro pro Jahr sichern. Gegen die Einführung der aus ihrer Sicht ungerechtfertigten Sonderabgabe hatten die Stromkonzerne geklagt. Abschließende Urteile gibt es bislang nicht.



Angestellte in Barbie-Restaurant

GLOBALISIERUNG

Vorwürfe gegen Mattel-Zulieferer

Wegen angeblich zweifelhafter Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in China gerät der amerikanische Spielzeughersteller Mattel in die Kritik. In den asiatischen Zulieferbetrieben würden Arbeitern mit unterschiedlichen Methoden „zustehende Löhne und Leistungen gekürzt“, behauptet die Nichtregierungsorganisation China Labor Watch (CLW). In dieser Woche legt CLW einen Bericht vor, den Mitarbeiter verdeckt in sechs Zulieferbetrieben zwischen April und September recherchiert haben. Die Vorwürfe unter anderem: Statt der gesetzlichen 9 Stunden pro Tag müsse ein Teil der Arbeitnehmer bis zu 13 Stunden arbeiten. Manche müssten zwischen 84 und

110 Überstunden im Monat arbeiten, obwohl nur 36 Stunden erlaubt sind. Zudem sollen teilweise Überstunden nicht bezahlt, Löhne vorenthalten und Sozialversicherungen nicht korrekt angeboten worden sein. Die Arbeitsbedingungen in der Spielzeugindustrie seien schlechter als etwa beim Apple-Zulieferer Foxconn, heißt es im Bericht. Binnen eines Jahres seien den Beschäftigten in den sechs Betrieben so „zwischen acht und elf Millionen Dollar gestohlen“ worden. Es ist der zweite Bericht über chinesische Mattel-Zulieferer innerhalb eines Jahres. 2012 wies der Konzern, der für seine Barbie-Puppen bekannt ist, viele Vorwürfe als „unbegründet“ zurück.

STEUERN

Gleichstellung für Gleichgeschlechtliche

Das Bundesfinanzministerium (BMF) bereitet die komplette steuerliche Gleichstellung von Homo-Ehen vor. Alle Vorschriften des Steuerrechts, die bislang nur Eheleute begünstigen, sollen auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften übertragen werden. Nach Entscheidungen des Verfassungsgerichts war dieser Schritt bei der Einkommensteuer, etwa beim Ehegattensplitting, oder der Erbschaftsteuer bereits vollzogen worden. Die BMF-Experten sind aber in knapp 20 weiteren Bestimmungen fündig geworden. So sollen homosexuelle Partner künftig auch bei der steuerlichen Förderung

der Riester-Rente so behandelt werden wie heterosexuelle Ehepaare. Aktiv werden die Beamten auch beim Paragraphen 35 der Durchführungsverordnung für die Kaffeesteuer. Der erlaubt bislang nur traditionell verheirateten Vertretern ausländischer Gesandtschaften und ihren Angetrauten, in Deutschland vergünstigt Kaffee zu kaufen. Dieses Recht soll künftig auch homosexuellen Paaren zustehen. Überall, wo im Gesetz Ehepaare vorkommen, wird es künftig um die Formulierung „oder Lebenspartner“ ergänzt. Ein Gesetzentwurf kann laut BMF kurzfristig vorgelegt werden.